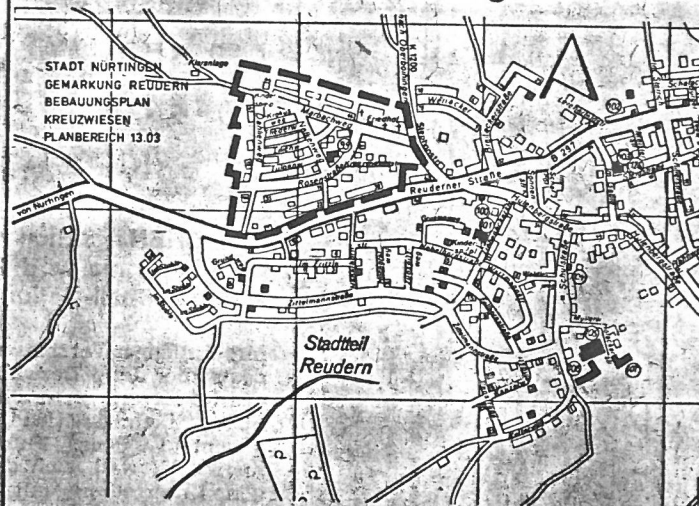


Bebauungsplan „Kreuzwiesen“ im Planbereich 13.03 in Nürtingen-Reudern



Der Gemeinderat der Stadt Nürtingen hat den Bebauungsplan „Kreuzwiesen“ im Planbereich 13.03 in Nürtingen-Reudern durch Beschluß vom 3. 6. 1980 als Satzung beschlossen. Maßgebend sind der Lageplan mit Textteil vom 18. 9. 1978/24. 4. 1979/28. 5. 1980 und die Begründung vom 28. 5. 1980 je vom Stadtbauamt Nürtingen. Der Bebauungsplan wurde vom Regierungspräsidium Stuttgart mit Erlaß vom 13. 2. 1981 – Az. 13-2210-13.03 Nürtingen – genehmigt.

Der räumliche Geltungsbereich wird begrenzt im Norden durch die Flst. 1160, 1195/1, 1195/3, 1195/4 und 1199 bis 1204; im Westen durch die Flst. 979/2, 1129, 982, 1043, 1026 und 157; im Süden durch die Flst. 1412/1, 1592, 1593, 1593/1, die Gebäude Reuderner Straße 6–14, die Straße Im Fritze (Flst. 1584) und den südlichen Gehwegrand der Reuderner Straße (O.W. 2–B 297); im Osten durch das Gebäudegrundstück 43 und 45 der Reuderner Straße und durch den westlichen Gehwegrand der Stephanstraße (K 1200). Auf den Übersichtslageplan wird hingewiesen.

Der Bebauungsplan einschließlich Begründung kann beim Bürgermeisteramt Nürtingen in Nürtingen, Marktstraße 7, Rathaus, Zimmer 13, während der Dienststunden eingesehen werden. Jedermann kann über seinen Inhalt Auskunft verlangen. Er wird mit dieser Bekanntmachung rechtsverbindlich.

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Bundesbaugesetzes bei der Aufstellung dieses Bebauungsplanes wird nach § 155 a Abs. 1 und 3 BBauG unbeachtlich, wenn sie nicht unter Bezeichnung der Verletzung innerhalb eines Jahres seit Inkrafttreten des Bebauungsplanes schriftlich gegenüber der Stadt geltendgemacht worden ist. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Genehmigung oder die Bekanntmachung dieses Bebauungsplanes verletzt worden sind. Auf die Vorschriften des § 44 c Abs. 1 Satz 1 und 2 Abs. 2 des Bundesbaugesetzes i. d. F. des Gesetzes zur Beschleunigung von Verfahren und zur Erleichterung von Investitionsvorhaben im Städtebaurecht vom 6. 7. 1979 (BGBl. I, S. 949) über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für Eingriffe in eine bisher zulässige Nutzung durch diesen Bebauungsplan und über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Nürtingen, den 26. Februar 1981

A. Bachofer,
Oberbürgermeister